

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich 2,50 M., halbjährlich 12,50 M., durch die Post bezogen monatlich 2,70 M. (inkl. Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-U. / Reichsfiliale u. Expedition: Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfachnummer: Dresden Nr. 16994, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-U. Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: Dresden Nr. 17250 / Druckausgabe: Arbeiterstimme Dresden / Erscheinungsort der Redaktion: Mittwochs 16. 18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

4. Jahrgang Dresden, Montag den 8. Oktober 1928 Nummer 236

Radio funkt Volksbegehren!

Die Kommunisten besetzen den Rundfunk

Statt des „Vorwärts“-Redakteurs Dr. Wolfgang Schwarz hält KPD-Landtagsabgeordneter Karl Schulz durch den Rundfunk eine 15 Minuten dauernde Rede für das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau

Achtung! Achtung! Welle...: Gegen Panzerkreuzer

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse machten den Versuch, die Massenaktion des Volksbegehrens gegen Panzerkreuzerbau durch eine Verhöhnung des Schwiegens zu sabotieren, ihre Keder nicht einmal über die Tatsache der Eröffnung des Volksbegehrens zu unterrichten, geschweige denn dagegen zu argumentieren.

Angesichts dieser Tatsache sowie des weiteren Umstandes, daß im „demokratischen“ Deutschland die KPD als einzige Partei von der Benutzung des Rundfunks zu politischer Aufklärung ausgeschlossen ist,

beschlossen mehrere Kommunisten, sich auf einem andern Wege den Zutritt zum Rundfunk zu verschaffen, um ihn in den Dienst des Volksbegehrens gegen den Panzerkreuzerbau, in den Dienst der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Interessen zu stellen.

Das war nur möglich, indem ein vom Rundfunk für einen politischen Vortrag vorgesehener Redner aus Berlin entfernt und an seiner Stelle einem kommunistischen Sprecher die Möglichkeit, im Rundfunk zu sprechen, verschafft wurde. Die Wahl fiel hierbei auf den Vorwärts-Redakteur Dr. Wolfgang Schwarz, der am Sonnabend 19.30 Uhr ursprünglich im Rundfunk über Friedensfragen sprechen sollte. Dr. Schwarz wurde am Tage vor seinem Vortrag von einer angeblichen Photogenieurin angelockt, die ihn aus Anlaß seines Vortrages um Ueberlassung eines Bildes und einiger Zeilen bat, worauf der Vorwärts-Redakteur bereitwillig einging. Ebenso bereitwillig nahm er am Abend des Vortrages eine angebliche Einladung des Rundfunks an, per Auto zu seinem Vortrag abgeholt zu werden. Das Auto brachte Herrn Dr. Schwarz jedoch in die dunkle Herbitzstraße und nicht nach dem Vog-Haus. Dort hielt inzwischen der Generalsekretär des Reichsausschusses für Volksbegehren, Genosse Landtagsabgeordneter Sch. 13, Kautzsch, ungeladert seine Rede für das Volksbegehren, die wir unten wiedergeben.

Der Redakteur Dr. Schwarz ergab sich in sein Schicksal, hat jedoch, ihn nicht allzu weit von Berlin abzulassen, worauf ihn die Genossen denn auch auf der Heimfahrt noch ein Stück mitnahmen, bevor er aussteigen mußte.

Nach Abschluß seines Vortrages wollte man dem Genossen Schulz 150 Mark Honorar für seinen Vortrag aushändigen.

Genosse Schulz erklärte daraufhin, er sei gar nicht Herr Dr. Schwarz, sondern der kommunistische Landtagsabgeordnete Schulz, er wolle deshalb die Annahme des Honorars ablehnen, da er Herr Dr. Schwarz nicht seines Geldes berauben wolle. Er ersuchte darum, das Geld für den Vortrag Herrn Dr. Schwarz zu übermitteln. Der Beamte des Rundfunks war naturgemäß

Die Rede des Genossen Schulz

Die Rede des Genossen Schulz im Rundfunk hat folgenden Wortlaut:

Probleme der Friedenssicherung ist das Thema, worüber zu sprechen ist. Das Thema steht im engen Zusammenhang mit dem schwebenden Volksbegehren, zu dem die Einzelkämpfer bereits wesentlich beigetragen haben.

Kann man den Frieden sichern, wenn man 500 Millionen für Panzerkreuzerbau ausgeben bereit ist? Das aber ist die Konsequenz des Beschlusses der Reichsregierung vom 10. August d. J., 500 Millionen sollen zur neuen Flottenaufrüstung verwendet werden, doch es fehlte der hundertste Teil, 5 Millionen Mark, für Kinderpeinigung. Der Beschluß, Panzerkreuzer zu bauen, hat eine ungeheure Erregung in den werktätigen Massen hervorgerufen.

Die werktätigen Massen Deutschlands begrüßen es daher, daß ein Volksbegehren gegen Panzerkreuzerbau eingeleitet worden ist. Der Gesetzentwurf, der diesem Volksbegehren zugrunde liegt, lautet:

„Der Bau von Panzerkreuzern und Kreuzern jeder Art ist verboten!“

Die Einzelkämpfer sind zu diesem Volksbegehren hat bereits am 3. Oktober begonnen. Sie läuft nur bis zum 16. Oktober. Jeder, der gegen neue Kriegsausrüstung kämpft, muß sofort seinen Namen in die Einzelkämpferliste eintragen. Eintragungsberechtigt ist jeder Reichstagswähler und jede Reichstagswählerin. Auch alle, die bis zum 16. Oktober das 20. Lebensjahr vollendet haben, können ihren Namen in die Einzelkämpferliste schreiben.

Eine Million deutscher Familien hat keine eigene Wohnung. Vielleicht 1 1/2 Millionen weiterer Familien leben in erbärm-

lich verbaut. Freundlich grüßend verleihe Genosse Schulz die Räume der Funkstunde.

Die Berliner Arbeiterklasse ist den Kommunisten, die auf diese Art, ohne Rücksicht auf etwaige Schwierigkeiten, die bürgerlich-sozialdemokratische Schwelgerei gebrochen und den Rundfunk wenigstens einmal in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt haben, zu Dank verpflichtet. Sie gönnt den verlogenen bürgerlichen Demokraten, die ihre angebliche Meinungsfreiheit den Kommunisten vorzählt, die verdiente Blamage. Sie wird diesen Warnungen zum Kampf gegen den neudeutschen Imperialismus mit ihrer Massenzeichnung zum Volksbegehren beantworten.

lichen Wohnhöhlen. Trotzdem sollen 500 Millionen Mark für Panzerkreuzerbau hinausgeworfen werden. Millionen bleiben weiterhin wohnungslos.

Die Sozialfürsorge für die Opfer der Arbeit und des Krieges ist jammervoll. Kriegshinterbliebene, Kriegsveterane, Arbeitslosen hungern, weil ihnen Hunderte geringe Renten gezahlt werden.

Die kleinen Bauern und Pächter haben keine oder unzureichende Kreditbeschaffungsmöglichkeiten. Das Reich stellt keine Mittel zur Kredithilfe für die kleinen Bauern, Pächter und Siedler zur Verfügung.

In furchtbarem Elend lebt auch die Masse der Inflationsgeschädigten, Kleinbürgerliche Elemente.

Die großen Unternehmer, die Finanzherren, die trusts, kapitalistischen Kreisläufe gewaltige Gewinne ein.

Wenn nun der Panzerkreuzerbau nach dem ABC erfolgen soll, so wird die unmittelbare Folge unumkehrbar eine riesenhafte Steigerung der Steuerlasten für die werktätigen Schichten des deutschen Volkes sein.

Die Kriegesgefahr schwebt bereits als drohendes Gespenst über Europa. Die Enthaltungen der letzten Tage über die Aufrüstungspläne gegen Sowjetrußland zeigten das in großer Deutlichkeit.

Es ist viel illusorische Hoffnung auf den Bülloerbau gelegt worden.

Der Völkerverbund ist die G. m. b. H. der imperialistischen Hauptstaaten.

Seine Politik ist imperialistische und phantastische Verteilung des räuberischen Imperialismus. Jede Vorgehensweise, die unerhörte Ausplünderung der werktätigen Massen und der unterdrückten Völker deckt und unterstützt der Völkerverbund.

Der Völkerverbund spricht in seinem Statut davon, daß die Friedenssicherung durch Abrüstungsmaßnahmen herbeigeführt werden soll. Praktisch hat das Wirken des Völkerverbundes das Gegenteil herbeigeführt. Die imperialistischen Staaten haben heute über eine Million Mannschaften mehr unter den Waffen als das 1913 der Fall war. Die Vernichtungswerkzeuge, mit denen die Heere ausgerüstet sind, haben einen phantastischen Wirkungsfreis erhalten.

Die Sowjetregierung hat der Abrüstungskonferenz im November 1927 einen radikal und konsequent durchgeführten Abrüstungsplan unterbreitet. Sie sagt in ihrem Vorschlag an die Abrüstungskonferenz:

„Die Delegation der Sowjetmacht ist von ihrer Regierung ermächtigt, die vollkommenste Abschaffung aller Land-, See- und Luftstreitkräfte vorzuschlagen.“

Sie schlägt ferner vor die Vernichtung aller Waffen, die sich bei den Truppen oder in Waffen- oder anderen Lagern befinden. Vernichtung aller Kriegsvorräte, Kriegsmittel für den chemischen Krieg und aller anderen Nüchterns- und Zerstreungsmittel.

Die Sowjetmacht fordert, daß zur Kontrolle der Abrüstung außer Regierungsvertretern die Vertreter der Arbeiterorganisationen aller Länder entscheidend herangezogen werden sollen.

Mit freudiger Hoch haben die Vertreter der kapitalistischen Länder diesen Vorschlag abgelehnt. Die Sozialdemokraten aller Länder unterstützten dabei die imperialistischen Regierungen.

Alle imperialistischen Regierungen und die sozialdemokratischen Parteileitungen können es nicht wagen, die Abrüstungsfrage der Kontrolle der Arbeiterklasse zu überlassen. Alle imperialistischen Länder rufen gewaltig zu Waffen, zu Lande und für den Luftkrieg. Ihr Friedensgerede ist eitel Lug und Heuchelei, ist bewährter Betrug der Völker.

Das Volksbegehren richtet sich gegen die Aufrüstung des neudeutschen Imperialismus.

Es ist ganz zweifellos, daß die deutschen imperialistischen Krei-

Genosse Max Weidner verstorben

Wieder hat der Tod eine empfindliche Lücke in unsere Reihen gerissen. An den Folgen einer schweren Operation verstarb in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag im Friedrichshäger Krankenhaus unser treuer Genosse und Kamerad Max Weidner.

Genosse Max Weidner ist in der Dresdner und ost- sächsischen Arbeiterklasse als ein allseitig tätiger Genosse und Kämpfer für die Befreiungsbewegung des Proletariats bekannt. Er kam nach der Spaltung der USV in Halle zur KPD. Schon in der USV wirkte er ständig für ein Zusammenarbeiten mit den revolutionären Kämpfern des Spartakusbundes. Während des Kapp-Putsch stand er mit an der Spitze derer, die den ernstesten und entschlossensten Kampf gegen die Kappbanditen führten.

Bei dem Kampf um die Verhöhnung der USV mit der KPD warb und wirkte Genosse Weidner für den Anschluß der USV an die K. Internationale. Er trat dann auch nach Halle zur KPD über. Seitdem gehörte seine ganze Kraft und sein ganzes Wirken dem revolutionären Proletariat. In der KPD befreite Genosse Weidner die verschiedensten Funktionen. An der Organisation des Stadttells Strießen hatte er den regsten Anteil. Von 1920 bis 1924 gehörte er der Bezirksleitung des Bezirks Ostachsen an.

1924 legte er seine ganze Kraft ein zur Unterstützung des mitteldeutschen Aufstandes. Seinem Charakter entsprechend, immer in vorderster Front zu stehen, stand er 1923 mit an der Spitze der Hunderttausendbewegung. Für die Organisation der Kampforganisation erwartete er sich große Verdienste.

Ohne Ermüdung zu kennen, widmete Genosse Weidner Tag und Nacht seine Arbeitskraft der Bewegung. Ganz selbstverständlich war es für ihn, daß er während der Zeit der Illegalität

und des Parteiverbots alle seine Kraft und Zeit einlegte, um trotz aller Verfolgungen die Bewegung aufrechtzuerhalten.

Seiner Kampfeinstellung entsprechend, trat er bald nach der Gründung auch in den Roten Frontkämpferbund ein, dessen Stellungsleiter er in Strießen und Mitglied der Gewerkschaft bis zu seinem sehr plötzlich erfolgten Tode war. Für die Partei arbeitete er bis zuletzt unermüdlich in Kleinsten und besonders in der Gewerkschaftsabteilung. In leitender Tätigkeit arbeitete er für die Partei in der Opposition des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes. Hier lag neben seiner Arbeit bei den Roten Frontkämpfern in der letzten Zeit das Hauptgebiet seiner Tätigkeit. Auf allen Tagungen, bei allen Versammlungen und Sitzungen des Verbandes vertrat er die Linke und die Interessen der Opposition. Auch in der Bewegung der Betriebsräte stellte Genosse Weidner ständig einen Mann, seit 1920 war er im Betriebsrat des städtischen Elektrizitätswerkes, dessen Vorsitzender er seit dieser Zeit war. Auch in den Reihen der Kämpfer für den Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau stand er in vorderster Front. Er war Vorsitzender des Volksentscheidkomitees im Stadtteil Dresden 1.

Die ostsächsische Bewegung verlor in dem Genossen Weidner einen der tüchtigsten und tätigsten Genossen, der bis zuletzt seine Pflicht erfüllte. Der Tod überraschte ihn fast mitten in der Arbeit. Am Freitagnachmittag, in der Arbeit brach Genosse Weidner plötzlich zusammen. Er wurde in das Krankenhaus geschafft, wo ihn dann der Tod ertöte.

Wieder stehen wir an der Bahre eines treuen, unermüdlichen Kämpfers. Wir werden sein Andenken am besten ehren, wenn wir durch intensiven Arbeit die Lücke ausfüllen, die sein Tod in unsere Reihen gerissen.